



## Neues aus Düsseldorf

*Der Landtagsnewsletter von Serdar Yüksel, Carina Gödecke und Karsten Rudolph*

Ausgabe 3/2018

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

was verbirgt sich hinter dem „Entfesselungspaket I“ der Mitte-Rechts-Koalition? Für die Beschäftigten im Einzelhandel bedeutet dies zum Beispiel die erneute Ausweitung der Ladenöffnungszeiten und die Aufgabe des verfassungsrechtlich gebotenen Sonntagsschutzes. Wir dachten eigentlich, dass diese Diskussion vorbei wäre, aber nun hat die neue Landesregierung den Dialog zwischen Gewerkschaften, Betroffenen und Kommunen zugunsten einer angeblichen Ausweitung des Wettbewerbs mit dem Onlinehandel wieder aufgegeben. Den Kommunen drohen erneut zahlreiche Klagen, der Rechtsfrieden rückt in weite Ferne.

Und auch bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs im Bereich des Offenen Ganztags gibt es bislang wenig Konkretes von der neuen Landesregierung. Wenn dies – wie von ihr im Koalitionsvertrag vollmundig angekündigt – bis 2025 umgesetzt sein soll, muss Schwarz-Gelb noch eine Menge Hausaufgaben erledigen, denn genaue Planung und Erarbeitung von weiterführenden inhaltlichen Konzepten sind bislang Fehlanzeige. Im Newsletter könnt ihr auch noch weitere bildungspolitische Themen nachlesen, so z.B. zum Beispiel zum Dauerbrennerthema G8/G9 oder auch „Gute Schule 2020“. Die gesamte Tagesordnung der Plenartage findet ihr [hier](#).

In Zeiten von zunehmenden Populismus und davon gibt es auch im nordrhein-westfälischen Landtag „Dank“ der AfD inzwischen eine Menge, kämpft die SPD-Landtagsfraktion für eine wehrhafte Demokratie. Dafür benötigen wir in den Kommunen Präventionsstrukturen, die mit entsprechenden finanziellen Mitteln dauerhaft ausgestattet sind. Damit aber nicht genug – wir werben für ein bundesweites Demokratiefördergesetz, das den wichtigen Akteuren vor Ort die entsprechende rechtliche und finanzielle Sicherheit langfristig zusichert.

Gemeinsam waren wir – die „Drei für Bochum“ – im letzten Monat u.a. im neuen Tumorzentrum des Knappschaftskrankenhauses Langendreer, bei der Regionalniederlassung Ruhr von Straßen.NRW und hatten unseren Antrittsbesuch beim neuen Bochumer Vorstandschef der Sparkasse Bochum Jürgen Hohmann.

Jetzt wünschen wir Euch erst einmal ein schönes Osterfest, bei hoffentlich frühlingshaften Temperaturen und viel Spaß beim Lesen.

Serdar Yüksel MdL

Carina Gödecke MdL

Karsten Rudolph MdL

125 Gäste beim Frühlingsempfang der SPD Bochum Ost



125 Akteure aus Bochum und insbesondere aus dem Bochumer Osten konnte die Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Carina Gödecke am Sonntag zum Frühlingsempfang der SPD Bochum Ost begrüßen. Zu der Traditionsveranstaltung der Sozialdemokraten werden jedes Jahr ehrenamtlich Aktive aus Vereinen, Verbänden und Institutionen im Stadtbezirk eingeladen. Dabei ergaben sich auch in diesem Jahr wieder viele Gesprächsmöglichkeiten mit Politikern aus Stadt und Land sowie

Verantwortungsträgern aus Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften.

Carina Gödecke und Oberbürgermeister Thomas Eiskirch als Festredner machten die Bedeutung von Ehrenamt und Solidarität für eine intakte Gesellschaft und Bürgerschaft deutlich und dankten den Gästen für ihr Engagement im Stadtteil. Thomas Eiskirch zeigte in seiner Rede auf, wie die Stadt beispielsweise im Rahmen der Bochum Strategie das Engagement und die Mitwirkung der vielen Aktiven in den Stadtteilen nutzen möchte, um die Stadt gemeinsam strategisch weiterzuentwickeln. Er wies auch auf die vielen Projekte, Förderprogramme und Investitionen gerade im Bochumer Osten hin und stellte Laer, Langendreer und Werne als aufstrebende Stadtteile der Zukunft dar.

Thema auf dem Frühlingsempfang waren natürlich auch die aktuellen Entwicklungen rund um den SPD-Mitgliederentscheid und die Regierungsbildung. Michelle Müntefering konnte nicht nur als örtliche Bundestagsabgeordnete, sondern auch als neue Staatsministerin im Auswärtigen Amt begrüßt werden. Außerdem konnten zwei der weiterhin vielen neuen SPD-Mitglieder begrüßt werden.





## Die „Drei für Bochum“ besuchen das neue Tumorzentrum



Carina Gödecke, Karsten Rudolph und Serdar Yüksel hatten am Freitag, den 2. März, die Gelegenheit das neu eingeweihte Tumorzentrum im Knappschafts Krankenhaus Langendreer kennenzulernen, das Spezialisten der Krebsdiagnostik mit den unterschiedlichen Dienstleistern aus der Gesundheitsbranche unter einem Dach vereint. In den Neubau wurden insgesamt 20 Millionen Euro investiert. Auf sechs Etagen und einem separaten Technikgeschoss finden sich nun Praxen u.a. für Radiochirurgie, die Nuklearmedizin, die Stammzellentherapie, ein spezialisiertes Sanitätshaus und sogar ein Friseur, der Zweithaarberatung anbietet.

Die Abgeordneten zeigten sich stark beeindruckt von dem guten Konzept und der intensiven Darstellung durch die begleitenden Ärzte Frau Professor Schmieder, Herrn Professor Adamzik, Herrn Kissinger, Herrn Jochum, Herrn Professor Adamietz, Herrn Professor Schroers.

## Stadtbezirk Südwest startet Bienen- und Insektenaktion



Im Stadtbezirk Südwest war jetzt Auftakt zu einer spannenden Informationsreihe rund um das Thema Bienen- und Insektensterben. Gemeinsam mit den Naturfreunden Bochum, Bezirksbürgermeister Marc Gräf und dem NABU-Vorsitzenden Josef Tumbrinck diskutierten über 50 interessierte Naturschützer, was jeder vor Ort ganz konkret tun kann, um das durch Studien belegte massive Insektensterben

zu verringern. Einfach mal Wiesen etwas länger stehen lassen, Vorgärten mit Staudenpflanzen wieder insektenfreundlich gestalten, Dächer – wenn möglich - begrünen oder auch einfach nur ein Insektenhotel aufstellen. Alles Maßnahmen, um den Bienen- und Insektenbestand zu pflegen und wieder aufzubauen. „Wir alle können Teilzeitheilige sein“, so Josef Tumbrinck abschließend, „wenn jeder eine Kleinigkeit umsetzt, dann ist viel erreicht.“ Viele Kleinigkeiten passieren in den nächsten Wochen im Stadtbezirk Südwest: die SPD und die Naturfreunde werden – auch unterstützt durch die örtlichen Gartenbaubetriebe – auf großen Feldern Wildblumen aussäen und Infostände anbieten, um die Bochumer Bürgerinnen und Bürger für dieses Thema noch mehr zu sensibilisieren.

#### Equal Pay Day 2018: Entgeltgleichheit ist eine Gerechtigkeitsfrage!



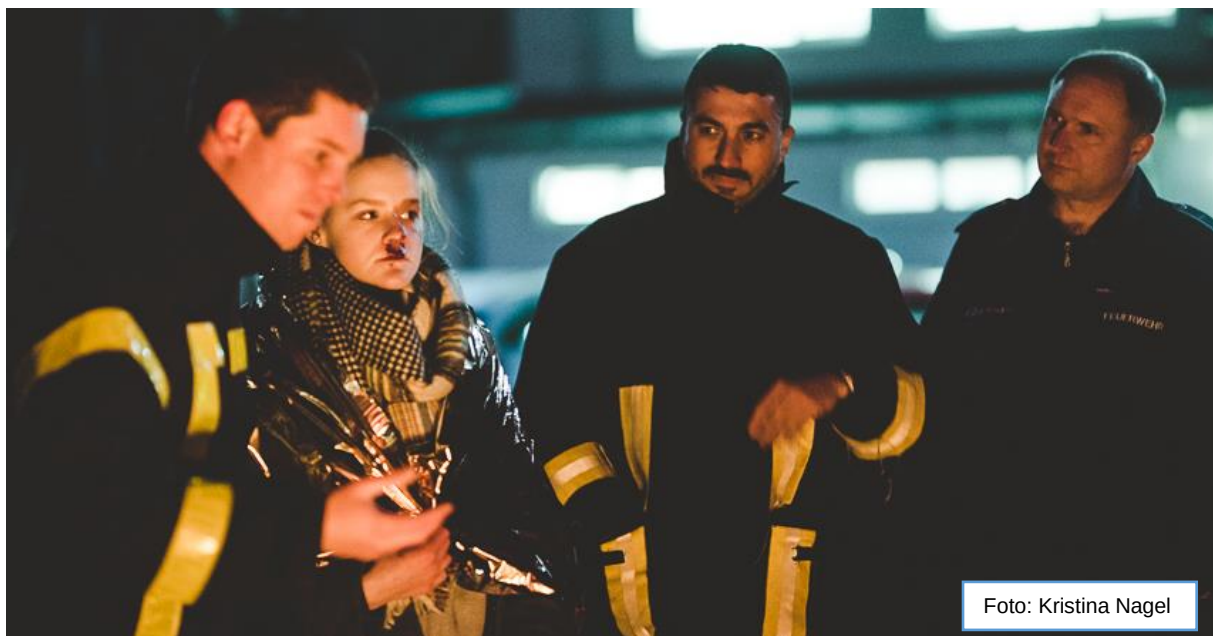
Auch in diesem Jahr musste die SPD-Landtagsfraktion wieder auf den Equal Pay Day aufmerksam machen, der die Ungerechtigkeit bei den Einkommen von Männern und Frauen in das Bewusstsein rückt. Viel ist geschehen, aber noch mehr ist zu tun.

Die Gründe für die vor allem auf die Lebensarbeitszeit bezogenen Einkommensunterschiede sind vielfältig, mit eklatanten Folgen für Renten von Frauen und zu befürchtende Altersarmut. Das

sogenannte Gender Pay Gap beträgt in Deutschland aktuell 21% - warum das noch immer so ist, könnt Ihr der verlinkten [Kompaktinfo](#) entnehmen.



#### Serdar Yüksel besucht die freiwillige Feuerwehr Höntrop



Der Landtagsabgeordnete Serdar Yüksel besuchte am Freitag den wöchentlichen Übungsdienst der freiwilligen Feuerwehr in Höntrop, wo ihn zunächst viele Freiwillige und ehrenamtlich Tätige am Feuerwehrhaus begrüßten.

Geführt von LöschEinheitsführer Patric Olschewski folgte die Begehung des Feuerwehrhauses, bei der Serdar Yüksel auch an einer realistischen Notfalldarstellung teilnehmen konnte. Für die optische Darstellung diverser Verletzungen sorgte das befreundete Jugendrotkreuz des Kreisverbandes Wattenscheid. Der Abgeordnete ließ es sich im Anschluss nicht nehmen, selbst in die Rolle des Truppenführers zu schlüpfen und die volle Dienstmontur anzuprobieren. In voller Ausrüstung konnte er die körperliche Belastung der Einsatzkräfte am eigenen Leibe nachvollziehen.

Zum Abschluss ergab sich im Schulungsraum der Feuerwehr die Gelegenheit, eine informative Diskussion mit dem Landtagsabgeordneten zu führen. Beeindruckt von den gezeigten Übungsinhalten würdigte dieser das ehrenamtliche Engagement, zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Er lobte die schnelle Verfügbarkeit der Höntroper Wehr im Alarmierungsfall und die soziale Kompetenz im Stadtteil Höntrop. Als kleines Dankeschön sprach er eine Einladung nach Düsseldorf in den Landtag aus.



Foto: Kristina Nagel



### "Entfesselungspaket": Zusätzliche Öffnungszeiten belasten die Beschäftigten

Kernstück des von der Mitte-Rechts-Koalition eingebrachten "Entfesselungspakets I" ist die Überarbeitung des Ladenöffnungsgesetzes. Das bisherige Ladenöffnungsgesetz bietet aus Sicht der SPD ausreichend Möglichkeiten für Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen. Das Gesetz war Basis für einen konstruktiven Dialog zwischen Gewerkschaften, Einzelhandel und Kommunen. Diesen Dialog hat die Mitte-Rechts-Koalition aufgegeben und will nun die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten unter Verletzung des verfassungsrechtlich gebotenen Sonntagschutzes durchsetzen. Zusätzliche Öffnungen an Sonn- und Feiertagen belasten die Beschäftigten und bringen im Wettbewerb mit 24 Stunden und an 365 Tagen geöffneten Online-Angeboten keine Vorteile. Zudem drohen den Kommunen weiter zahlreiche Klagen. Durch den einseitigen Abbruch des Dialogs durch die Landesregierung rückt ein Rechtsfrieden in weite Ferne. Bei Ministerpräsident Laschet, der selten müde wird, die christlichen Wurzeln seiner Partei zu betonen, steht die christliche Sonntagsruhe hinter der ideologischen Marktentfesselung zurück.

### Offene Ganztagsschule: Umsetzung des Rechtsanspruchs muss geplant sein

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird der individuelle Rechtsanspruch auf einen Platz in der Ganztagsbetreuung bis 2025 angekündigt. Vor diesem Hintergrund muss die schwarz-gelbe Landesregierung schnellstmöglich ein Konzept erarbeiten, das zeigt, wie der Rechtsanspruch umsetzbar sein soll. Weiterhin ist es erforderlich, die offene Ganztagsschule auch inhaltlich weiterzuentwickeln. Zu dem Thema ist von der Mitte-Rechts-Koalition in NRW bislang nur wenig zu hören. Bei der Einführung des Rechtsanspruches auf Betreuung ab einem Jahr hat das Land NRW seinerzeit einen Krippen-Gipfel einberufen. Dies muss analog auch für den Rechtsanspruch auf Ganztag durchgeführt werden. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs bedarf einer gründlichen und soliden Planung. Drucksache [17/2164](#)

### Demokratieförderung: Kommunale Präventionsstrukturen dauerhaft unterstützen

Die Zivilgesellschaft muss nachhaltig gestärkt werden, um Demokratie in der Gesellschaft zu festigen. Prävention muss ermöglicht werden, um letztlich auch Extremismus vorzubeugen. Die SPD-Fraktion schlägt deshalb vor, die finanziellen Mittel zur Demokratieförderung zu verstetigen, um die etablierten und bewährten Präventionsstrukturen in den Kommunen dauerhaft zu unterstützen. Wir setzen uns weiterhin für ein bundesweites Demokratiefördergesetz ein, das einen gesetzlichen Rahmen schafft und den zivilgesellschaftlichen Akteuren die nötige finanzielle und rechtliche Sicherheit gibt. Davon würde auch Nordrhein-Westfalen profitieren. Auch wenn unser Antrag abgelehnt wurde, werden wir uns auch künftig für konkrete Verbesserungen im Bereich der Demokratieförderung starkmachen. Drucksache [17/508](#)

### Rückkehr zu G9: Landesregierung trägt den Streit in die Schulen

Im Jahr 2005 wurde G8 in seiner heutigen Form von der damaligen Mitte-Rechts-Regierung eingeführt. Schwarz-Gelb hat den damaligen Fehler eingestanden und mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf die Rückkehr zu G9 eingeleitet. Aber es fehlt noch einiges: Das Land überlässt die Entscheidung nach der Länge des gymnasialen Bildungsganges den Schulen. Eine Streitfrage, der sich die Landesregierung selber nicht stellen wollte. Nach den Herbstferien entscheidet die Schulkonferenz über den Übergang in G9 oder den Verbleib in G8. Eltern entscheiden in dem Fall nicht für ihre Kinder, sondern für eine nachfolgende Schülergeneration. Die SPD-Fraktion setzt sich für individuelle Bildungswege an jedem Gymnasium in NRW ein. Die Oberstufe muss aus unserer Sicht so reformiert werden, dass der Regelfall das Abitur nach neun Jahren ist, die Absolvierung nach acht Jahren schulrechtlich aber möglich bleibt. Drucksache [17/1818](#)

## Gute Schule 2020: Kommunen brauchen mehr Zeit bei der Sanierung von Schulen

Mit dem von der SPD-geführten Landesregierung eingeführten Programm "Gute Schule 2020" wird den Kommunen eine langfristige Finanzierungsmöglichkeit zur Sanierung und Modernisierung der Schulinfrastruktur zur Verfügung gestellt. Die bereitgestellten Mittel werden - trotz großen Interesses in den Kommunen - nicht im erforderlichen Umfang abgerufen. Der Grund: Zum einen gibt es in vielen Städten und Gemeinden aktuell nicht ausreichend Bau- und Planungskapazitäten, um die Sanierung oder Modernisierung zügig auf den Weg zu bringen. Zum anderen kommt es auch durch die aktuell hohe Auslastung bei den Unternehmen der Bauindustrie und des Bauhandwerks zu Verzögerungen. Wir fordern die Landesregierung deshalb dazu auf, die Frist, in der die von den Kommunen abgerufenen Mittel zur Sanierung, Modernisierung oder den Ausbau von Schulen verwendet werden müssen, von 30 auf 42 Monate zu verlängern. Drucksache [17/2163](#)

### Weitere Informationen

**Serdar Yüksel**



**Carina Gödecke**



**Karsten Rudolph**



V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL, Karsten Rudolph MdL,  
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 2502